

unser Weg online

Online-Zeitschrift der SPD Weser-Ems | Nr. 2 |
April 2005

Themen heute:

Aus dem Bezirk:

- Gratulation an Reinhold Robbe zur Wahl als Wehrbeauftragter!
- Benneter gratuliert Robbe
- Mitgliederpartei stärken
- SPD-Bundestagsfraktion gegen Steuererhöhung für Wohnmobile
- Gesine Mulhaupt diskutierte über Europäische Verfassung
- Kampfansage gegen Lohndumping in der Fleischindustrie

Aus den Arbeitsgemeinschaften:

- AGS Oldenburg feierte einjähriges Bestehen
- AG 60plus: Ältere gehören mitten in die Gesellschaft
- Jusos: VOLUNTEERS4NRW

Zur Person

- Hansjörg Schmidt verstorben

Termine

Links

Aus den Unterbezirken und Ortsvereinen:

- Martin Schwanholz: Politischer Frühschoppen- eine Definition
- SPD fordert Solidarität für Blinde
- Volksbegehren zur Wiedereinführung des Landesblindengeldes
- Osnabrück: SPD unterstützt „Lokale Bündnisse für Familien“
- Osnabrück: "Lernmittelfreiheit bleibt wichtig"
- Cloppenburg: Versicherungsschutz im Ehrenamt - Broschüre jetzt erhältlich
- Erinnerung an letzte Kriegstage in der Grafschaft Bentheim
- SPD-Delmenhorst sucht OB-Kandidat/-in
- SPD Fredenbeck sucht Bürgermeister-Kandidat/-in
- SPD-Ortsverein Leer feierte hundertjähriges Bestehen
- Jubilarehrung des SPD-Ortsvereins Heisfelde-Nüttermoor

Editorial

Newsletter abbestellen

Aus dem Bezirk



Gratulation an Reinhold Robbe zur Wahl als Wehrbeauftragter!

„In seiner neuen Aufgabe wird Reinhold Robbe weiter kompetent für die Belange der Bundeswehr eintreten. Wir freuen uns mit Ihm, dass ein Sozialdemokrat aus Weser-Ems in ein so hohes Amt vom Deutschen Bundestag gewählt wurde.“ Mit diesen Worten gratulierte SPD-Bezirksvorsitzender Garrelt Duin (MdEP, links)) aus Hinte dem Leeraner Bundestagsabgeordneten Reinhold Robbe (50) zu seiner Wahl als Wehrbeauftragter.

Der Bundestag wählte Robbe mit 307 von 599 abgegebenen Stimmen. Die Mehrheit der Regierungskoalition liegt bei 304 Stimmen. „Dieses Ergebnis zeigt, dass Robbe auch über die rot-grüne Mehrheit hinaus Vertrauen und Zuspruch im Deutschen Bundestag genießt. Ein klarer Vertrauensbeweis für seine Kompetenz!“, stellte Duin fest.

Robbe, seit 1994 Mitglied des Bundestages, ist stellvertretender Vorsitzender der SPD in Weser-Ems. Zuvor war der gelernte Buchhändler als hauptamtlicher Geschäftsführer der SPD in Leer tätig.

Mit seiner Wahl muss Robbe alle Ämter in der Partei und sein Mandat im Bundestag niederlegen. Für Robbe rückt der ehemalige Bundestagsabgeordnete Hans Forster aus Norden (Ostfriesland) ins Parlament nach.

[nach oben](#)

Benneter gratuliert Robbe

Mit folgenden Worten gratulierte der SPD-Generalsekretär Klaus Uwe Benneter dem Bundestagsabgeordneten Reinhold Robbe zu seiner Wahl zum neuen Wehrbeauftragten:

„Ich gratuliere Reinhold Robbe herzlich zu seiner Wahl zum neuen Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages. Das klare Ergebnis, das er heute erzielen konnte, unterstreicht seine Kompetenz. Es zeigt, dass Reinhold Robbe ein hohes Ansehen über die Parteigrenzen hinweg genießt.“

Die Opposition hat im Vorfeld den Mund zu voll genommen. Entgegen der lauten Unkenrufe haben auch Abgeordnete der Opposition Reinhold Robbe für den besten Kandidaten für das Amt gehalten und ihm ihr Vertrauen ausgesprochen. Der Versuch, die Wahl aus parteitaktischem Kalkül zu durchkreuzen, ist gänzlich fehlgeschlagen.

Ich wünsche Reinhold Robbe viel Kraft und Erfolg für die Ausübung seines Amtes. Die Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr haben in Reinhold Robbe einen guten Vertreter ihrer Interessen.“

[nach oben](#)

Mitgliederpartei stärken

SPD-Bezirksvorstand spricht sich für Stärkung der SPD als offene Mitgliederpartei aus und gratuliert Reinhold Robbe zur Wahl als Wehrbeauftragten.

Reinhold Robbe wurde auf der Sitzung des SPD-Bezirksvorstandes in Oldenburg am 16. April 2005 mit großem Beifall begrüßt. „ Wir sehen deinen Weggang mit einem weinenden und einem lachenden Auge“, umschrieb der Bezirksvorsitzende Garrelt Duin die Situation. „Einerseits bedauern wir, dass die Region Weser-Ems mit Reinhold Robbes Wahl zum Wehrbeauftragten einen engagierten und kompetenten Vertreter im Bundestag verliert, andererseits freuen wir uns mit den Soldatinnen und Soldaten, dass sie einen Ansprechpartner bekommen, der sein Ohr für die Belange der Bürgerinnen und Bürger vor Ort bereits bestens bewiesen hat.“ Der SPD-Bezirk Weser-Ems wird sich auf einer Veranstaltung offiziell von seinem stellvertretenden Vorsitzenden verabschieden.

Im weiteren Verlauf der Vorstandssitzung diskutierte der Weser-Ems-Vorstand die Empfehlungen der „Beck-Kommission“ aus dem Parteivorstand zur Reform der SPD. „An verschiedenen Punkten soll im Zuge der gerade stattfindenden Programmdebatte auch die Struktur der SPD als Mitgliederpartei auf den Prüfstand gestellt werden“, erläuterte Duin. So hat die Kommission unter der Leitung des rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten Kurt Beck an unterschiedlichen Stellen Vorschläge erarbeitet, die Partei für mehr Mitglieder zu öffnen. „Früher war die Entscheidung ganz einfach. Entweder Mitglied oder nicht. Im Zuge der sich verändernden Beteiligungsgewohnheiten der Bürgerinnen und Bürger müssen neue Konzepte angeboten werden. So soll eine Gastmitgliedschaft denen, die sich punktuell und projektorientiert in die Arbeit der Partei einbringen wollen, der Einstieg in die SPD erleichtert werden. Andere Vorschläge entschlacken den Ablauf des normalen Parteilebens und machen es für Neueinsteiger einfacher, ihre Kompetenz einzubringen. So soll z.B. das Wohnortprinzip gelockert werden, damit eine Mitarbeit in den gewohnten Gremien auch bei einem Umzug gewährleistet ist“.

[nach oben](#)

SPD-Bundestagsfraktion gegen Steuererhöhung für Wohnmobile

„Wir sind für die Beibehaltung der bisherigen Kfz-Steuer für Wohnmobile“, stellt die SPD-Bundestagsabgeordnete Gabriele Groneberg entschieden fest. „Deshalb unterstützen wir den Vorstoß Nordrhein-Westfalens im Bundesrat gegen die drohende Steuererhöhung für Wohnmobile.“

Die Bundesregierung hat mit Zustimmung des Bundesrates im September 2004 die Straßenverkehrszulassungsordnung geändert. Schwere Geländewagen mit einem zulässigen Gesamtgewicht von über 2,8 Tonnen, auch bekannt als so genannte Sport Utility Vehicles (SUV), werden demnach ab 1. Mai 2005 als Personenkraftwagen zugelassen und besteuert.

Diese schweren Fahrzeuge mit hohem Kraftstoffverbrauch eignen sich zwar für die Nutzung im Gelände, wie der Name schon sagt, werden aber als Pkw und nicht als Nutzfahrzeuge eingesetzt.

Der Nutzung als Pkw wurde bislang steuerlich nicht ausreichend Rechnung getragen. Denn die schweren Geländewagen wurden nicht emissionsbezogen und nach Hubraum besteuert - wie Pkw -, sondern wie Nutzfahrzeuge nach ihrem zulässigen Gesamtgewicht; hierdurch verminderte sich die zu zahlende Kraftfahrzeugsteuer beträchtlich.

Aufgrund von Äußerungen ist zu befürchten, dass einige Länder, insbesondere Bayern, die höhere Besteuerung für schwere Geländewagen zum Anlass nehmen wollen, die Steuern auch für Wohnmobile deutlich zu erhöhen, obwohl dies mit der Änderung der Straßenverkehrszulassungsordnung gar nicht bezweckt ist.

„Leidtragende wären die Wohnmobilbesitzer, die bis zu zehnmal mehr Steuer zahlen müssten“, sagt Gabriele Groneberg, MdB. „Im Interesse aller Camper setzen wir uns dafür ein, dass Wohnmobile über 2,8 Tonnen weiterhin nach Gewicht besteuert werden. Es wäre für die gesamte Tourismusbranche schädlich, sollte sich Nordrhein-Westfalen im Bundesrat nicht mit diesem vernünftigen Vorstoß durchsetzen.“

[nach oben](#)

Gesine Mulhaupt diskutierte über Europäische Verfassung „Europa tut Deutschland gut“ lautete das Motto der Informationstour mit Stopp in Oldenburg

Viele Oldenburgerinnen und Oldenburger staunten nicht schlecht als sie den großen Bus des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung auf dem Schlossplatz sahen.

Der Info-Truck, der auch in anderen Innenstädten Halt macht, bietet Raum für Gespräche und enthält für Jugendliche und Erwachsene zahlreiche spielerische Elemente, die auch die Bundestagsabgeordnete ausprobierte. In den Gesprächen ging es um die Ziele der Europäischen Verfassung und die Ängste, die viele Bürger mit der Europäischen Union verbinden.

Die Bürgerinnen und Bürger konnten sich über die EU Verfassung informieren, die bis zum Herbst 2006 von den Mitgliedsstaaten ratifiziert und am 1. November 2006 in Kraft treten soll. Das deutsche Grundgesetz sieht für diesen Verfassungsvertrag die Zustimmung von Bundestag und Bundesrat vor. Die Bürger können nicht direkt über die Europäische Verfassung abstimmen. Das kritisierten einige Besucher in den Gesprächen mit der Bundestagsabgeordneten.

„Durch mehr Informationen und Aufklärung können wir den Menschen die Europäische Union näher bringen“, lobte Gesine Mulhaupt die Aktion. Die Durchsichtigkeit der Entscheidungen in der Europäischen Union zu verbessern, die Grundrechte der Europäer festzuschreiben und die Demokratie durch das Europäische Parlament zu stärken, sind laut Mulhaupt wichtige Kernelemente der Verfassung.



Gesine Multhaupt (2.v.re.) im Gespräch mit Besuchern

[nach oben](#)

Kampfansage gegen Lohndumping in der Fleischindustrie

„Die Landesgruppe Niedersachsen in der SPD-Bundestagsfraktion begrüßt ausdrücklich die jetzt beschlossenen Anstrengungen der Bundesregierung, Dumpinglöhne zu bekämpfen“, sagte der Landesgruppenvorsitzende Holger Ortel in Berlin. Gespräche mit der Gewerkschaft Nahrung Genuss Gaststätten (NGG) hätten wieder gezeigt, wie wichtig es sei, „den unmoralischen Beschäftigungsverhältnissen in einigen Unternehmen Einhalt zu gebieten“, so Ortel.

Die Cloppenburg SPD-Bundestagsabgeordnete Gabriele Groneberg erklärte: „Besonders in Niedersachsen gibt es in einigen Großschlachtereien erhebliche Probleme. Deutsche Unternehmer besorgen sich mit fragwürdigen Methoden ausländische Billigarbeiter zumeist aus Tschechien, Ungarn oder Polen. Diese Menschen arbeiten für ganz wenig Geld zu miesen Bedingungen. Darunter leiden die Ausländer, die deutschen Arbeitnehmer und die Qualität bei der Fleischproduktion.“ Zu den Plänen der Bundesregierung sagte die SPD-Abgeordnete, sie und ihre niedersächsischen Kollegen empfänden die Novellierung des Arbeitnehmerentsendegesetzes als ein wichtiges Signal. „Die Bundesregierung und die SPD gehen gegen schwarze Scharfe in die Offensive. Wer deutsche Arbeitsplätze vernichtet und Ausländer ausbeutet, kommt in Zukunft nicht mehr so einfach davon“, so Groneberg. Sie gibt allerdings zu bedenken, dass es allein bei der Ausweitung des Entsendegesetzes nicht bleiben könne. Nach Gesprächen mit den in diesem Bereich ermittelnden, zuständigen Fachbehörden vermutet sie, dass „die kriminelle Energie einiger Unternehmer vielleicht Mittel und Wege findet, das Entsendegesetz zu umgehen“. Deshalb müsse auch über weitere Maßnahmen in anderen Bereichen nachgedacht werden.

Der Geschäftsführer der NGG Oldenburg Matthias Brümmer äußerte Zweifel am alleinigen

Erfolg einer Änderung der Entsenderrichtlinie: „In der fleischverarbeitenden Industrie sind leider keine bundesweit flächendeckenden Tarifvertragsstrukturen vorhanden. Für die NGG ist es daher unerlässlich, dass bei der Erweiterung der Entsenderrichtlinie Mindestlohnstrukturen erlassen werden.“ Brümmer begrüßte gleichzeitig das Engagement der SPD-Landesgruppe Niedersachsen, die im Februar 2005 in Lönningen eine Veranstaltung zum Thema durchführte.

Ortel erklärte, er stelle sich grundsätzlich zwar einer Diskussion über branchenbezogene Mindestentgelte nicht entgegen, äußerte aber den Einwurf, dass es hierbei noch „viele zu bedenken gibt, das manche noch nicht bedacht haben“. Als Beispiel nannte der Delmenhorster Abgeordnete die Diskussion über die Höhe von Mindestlöhnen und die Frage von Differenzierungen z.B. zwischen Altersgruppen, Ost- und Westdeutschland und die Anpassung der Lohnerhöhungen.

[nach oben](#)

Aus den Unterbezirken und Ortsvereinen



Martin Schwanholz: Politischer Frühschoppen - eine Definition

Seit fast drei Jahren veranstaltet das Osnabrücker Bundestagsmitglied Dr. Martin Schwanholz (Foto) einen politischen Frühschoppen. Aber was heißt eigentlich Politischer Frühschoppen?

Früh|schop|pen, der: geselliger Trunk am Vormittag; den F. trinken; zum F. gehen; sie treffen sich zum F. ...

So verrät es das Wörterbuch. Und Politischer Frühschoppen? Im Duden steht das jedenfalls nicht und auch bei 4.360 Einträgen auf google.de ist keine Erklärung zu finden. Martin Schwanholz lädt am 8. Mai in alter Tradition zum politischen Frühschoppen ein. Eine Erklärung des Initiators selbst:

„Der politische Frühschoppen ist eigentlich wie ein Sonntagsfrühstück zu Hause. Nur dass man den Kaffee auf Bestellung serviert bekommt - so wie alle anderen Getränke auch - und das sonntägliche Zeitungslesen mit echten politischen Diskussionen ergänzen kann. Für mich ist der politische Frühschoppen in Osnabrück ein wichtiges Mittel um mit den Bürgerinnen und Bürgern in Kontakt zu bleiben. Jeder hat die Möglichkeit Fragen zu stellen und mit mir über politische Themen oder aktuelle Entwicklungen in der Bundespolitik zu diskutieren. In der entspannten und unkomplizierten Atmosphäre der Traditions-kneipe „Olle Use“ habe ich in den vergangenen Jahren viele Sonntagvormittage mit spannenden und für mich hilfreichen Diskussionen und auch Auseinandersetzungen gefüllt. Eine Tradition, die nicht abreißen wird.“

Wir fassen zusammen: Po | lit | isch | er Früh|schop|pen: politischer Stammtisch am Vormittag bei entspannter Atmosphäre ohne Schlips und steifen Kragen. Besonders verbreitet ist der P.F. in Osnabrück; Gastgeber: Dr. Martin Schwanholz, MdB. Er stellt sich

allen Fragen und heißt jeden Gast herzlich willkommen. Der P.F. findet an jedem zweiten Sonntag im Monat statt. Traditioneller Treffpunkt: Olle Use/ 10:00 Uhr.

[nach oben](#)

SPD fordert Solidarität für Blinde Unterstützung für Volksbegehren zugesagt

Die Osnabrücker SPD unterstützt den Blinden- und Sehbehindertenverband bei den Bestrebungen mittels eines Volksbegehren, das durch die CDU-FDP-Landesregierung gestrichene Landesblindengeld wieder einzuführen. Hintergrund ist die zum 1. Januar 2005 durch die Sozialministerin von der Leyen durchgesetzte Rücknahme der finanziellen Unterstützung aller Blinden in Niedersachsen. Trotz der Teilrücknahme der Streichung für Personen unter 27 Jahren ist die soziale Verantwortung für die betroffenen Menschen in diesem Land aufgegeben worden. „In Osnabrück bezogen Ende des Jahres 258 Bürger Landesblindengeld, lediglich 8 davon sind jünger als 27 Jahre und bekommen nun eine einkommensunabhängige Unterstützung,“ erklärt die Ulla Groskurt (MdL) für die Osnabrücker SPD.

Mittlerweile haben rund 22 Prozent der bisherigen Bezieher von Landesblindengeld in Osnabrück Anträge auf Sozialhilfe eingereicht, weil sie ins finanzielle Abseits geraten sind. „Mit tatkräftiger Unterstützung gegen die Politik der sozialen Kälte wollen die Osnabrücker Sozialdemokraten ein deutliches Zeichen setzen!“ erklärt die SPD-Vorsitzende.

Niedersachsen ist das einzige Bundesland, das blinde Menschen einen einkommensunabhängigen Nachteilsausgleich verwehrt und auf die Sozialhilfe verweist, um so Haushaltskonsolidierung zu betreiben. Damit das Volksbegehren erfolgreich wird, müssen die Initiatoren, zu denen auch Gewerkschaften und Wohlfahrtsverbände gehören, eine hohe Hürde nehmen. Insgesamt müssen 600.000 wahlberechtigte Niedersachsen ihre Unterschrift leisten.

„Das wird nur gelingen, wenn alle in vollem Umfang mitwirken, mobilisieren und überzeugen, dass Solidarität für blinde Mitmenschen notwendig ist,“ so Groskurt abschließend. Die Unterschriftenlisten, die seit 15. April erhältlich sind, liegen auch in der SPD Geschäftsstelle, Große Gildewart 11 aus und können dort unterschrieben bzw. abgeholt werden.

[nach oben](#)

Volksbegehren zur Wiedereinführung des Landesblindengeldes

Am 15. April startete der Blinden- und Sehbehindertenverband Niedersachsen e.V. ein Volksbegehren zur Wiedereinführung des Landesblindengeldes. Die niedersächsische SPD und die SPD-Landtagsfraktion unterstützen diese Initiative.

Hintergrund ist, dass die Landesregierung zum 1. Januar 2005 das Landesblindengeld in Niedersachsen faktisch gestrichen hat. Niedersachsen ist damit das erste und einzige Bundesland, das blinden Menschen einen einkommensunabhängigen Nachteilsausgleich verwehrt und sie auf die Sozialhilfe verweist. Die Landesregierung rechtfertigt die Streichung des Landesblindengeldes mit der notwendigen Haushaltskonsolidierung. Dies ist ein Scheinargument, denn tatsächlich wird der Landeshaushalt - wenn überhaupt - nur sehr gering entlastet.

Gegen diese neue Politik der sozialen Kälte wollen Landespartei und Landtagsfraktion mit der Unterstützung des Volksbegehrens ein eindeutiges Zeichen setzen - gemeinsam mit Gewerkschaften und Wohlfahrtsverbänden. Damit das Volksbegehren erfolgreich ist, müssen mehr als 600.000 Unterschriften gesammelt werden. Das wird nur gelingen, wenn die Organisationen, die das Volksbegehren unterstützen, ihr ganzes Gewicht in die Waagschale werfen und Menschen mobilisieren und überzeugen.

Alle Ortsvereine sind aufgerufen, sich tatkräftig am Volksbegehren zu beteiligen und gemeinsam mit allen Genossinnen und Genossen das Volksbegehren mit ihrer Unterschrift zu unterstützen und weitere Unterschriften zu sammeln (beispielsweise an Infoständen).

Die Unterschriftenliste gibt es unter <http://www.spdnds.de> unter "Aktuell"

[nach oben](#)

SPD unterstützt „Lokale Bündnisse für Familien“ „Klimawandel für Familien in Osnabrück wünschenswert!“

Unter dem Druck der kommunalen Haushaltskonsolidierung werden auch in Osnabrück soziale Fördergelder gekürzt und zusammengestrichen. „Da kommt die Idee des „Lokalen Bündnisses für Familie“ von Bundesministerin für Familien, Senioren, Frauen und Jugend, Renate Schmidt (SPD), gerade recht,“ erklärt Gisela Ristau, stellvertretende SPD-Vorsitzende. „Wir freuen uns, dass sich die Stadt Osnabrück diesem Bündnis angeschlossen hat.“ so Ristau weiter. Die Osnabrücker SPD möchte die Vernetzung der Organisationen rund um das Thema Familie auch mit Vertretern aus Wirtschaft und Handel voranbringen. „Wir sehen in der Zusammenarbeit aller gesellschaftspolitischen Gruppierungen und anderen engagierten Einrichtungen mit dem Sozialen Dienst des Fachbereichs für Kinder, Jugendliche und Familie der Stadt Osnabrück, eine Chance, das soziale Netz für Familien zu stärken,“ so die SPD-Sprecherin.

Ein Schwerpunkt der Arbeit liegt dabei in der Unterstützung, Bildung und Qualifizierung von z. B. Alleinerziehenden oder Migrantenfamilien sowie der Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Es gehe darum, diese gesamtgesellschaftliche Verantwortung für Familien und Kinder auf lokaler Ebene wahrzunehmen, hin zu einer familien- und kinderfreundlichen Kommune. „Wir werden unseren Beitrag zum Gelingen dieses Bündnisses einbringen,“ erklärt Gisela Ristau für die SPD, „damit es auch in Osnabrück zu einem Klimawandel für Familien kommen kann.“ so der Wunsch der Sozialdemokratin.

Im Internet gibt es viele weitere Informationen unter: www.lokale-buendnisse-fuer-familien.de

[nach oben](#)



"Lernmittelfreiheit bleibt wichtig" SPD-Fraktion unterstützt Stadtelternrat

"Durch die Abschaffung der Lernmittelfreiheit werden nicht nur viele Familien erheblich belastet. Auch die Schulen haben riesige organisatorische Probleme zu bewältigen, was sich zu Lasten des eigentlichen Lernauftrags auswirkt", begründen der SPD-Fraktionsvorsitzende Ulrich Hus und die Landtagsabgeordnete Alice Graschtat (Foto) eine Initiative der SPD-Ratsfraktion Osnabrück.

Die SPD-Fraktion möchte sicherstellen, dass Stadt- und Kreiselternerat bei deren Bemühungen unterstützt werden, der niedersächsischen Initiative für Lernmittelfreiheit und freie Schülerbeförderung, die für ein entsprechendes



Bürgerbegehren wirbt, zum Erfolg zu verhelfen. Ein gewisser Termindruck sei dabei nicht zu bestreiten: "Wir wollen den Elternvertretungen, aber auch Kollegien, Gewerkschaften sowie Familien- und Sozialverbänden über einen Ratsbeschluss aktiv den Rücken stärken, damit die Volksinitiative die formale Hürde von 70.000 Unterschriften tatsächlich bis zum 1. Juni schafft", begründete

Alice Graschtat die SPD-Initiative. Die Abgabe der Unterschriftenbögen solle beim Landeswahlleiter bis dahin erfolgen. Die Landes-Initiative habe für ihr Anliegen bereits über 30.000 Unterschriften gesammelt. "Es wäre ein Armutszeugnis für den Stadtrat," so Ulrich Hus (Foto) abschließend, "wenn er zu einem wichtigen schul- und familienpolitischen Anliegen wie der Lernmittelfreiheit schweigen würde."

[nach oben](#)

Versicherungsschutz im Ehrenamt Broschüre jetzt erhältlich

Die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements ist ein wichtiges Anliegen der Bundesregierung und der Regierungskoalition. Deshalb wurde im letzten Jahr ein Gesetz verabschiedet, um mehr ehrenamtlich Engagierte in den Unfallversicherungsschutz einzubeziehen. Seit Anfang dieses Jahres können Ehrenamtlich Tätige in Vereinen und Verbänden, die Aufgaben mit Zustimmung der Kommunen oder Kirchen übernommen haben, gesetzlich unfallversichert werden. Davon profitieren bundesweit rund zwei Millionen ehrenamtlich Engagierte. Außerdem können gemeinnützige Organisationen ebenfalls gewählte ehrenamtlich Tätige freiwillig versichern.

„Allerdings sind viele Freiwillige über ihren Versicherungsschutz nicht ausreichend informiert“, stellt die SPD-Bundestagsabgeordnete Gabriele Groneberg, MdB fest. „Wenn freiwillig Engagierte nicht wissen, ob sie bei ihrem Einsatz ausreichend versichert sind, kann das mitunter böse Folgen haben.“

Die Initiative „für mich, für uns, für alle“ hat in Zusammenarbeit mit den Öffentlichen Versicherern die Broschüre „Sicher engagiert – Versicherungsschutz im Ehrenamt“ herausgegeben. Diese erläutert die aktuelle Gesetzeslage, die wichtigsten Versicherungsarten und beschreibt zusätzlich, wie sich Ehreamtliche optimal versichern können. Zudem gibt sie nützliche Versicherungstipps und erläutert die gesetzlichen Rahmenbedingungen. Praktische Checklisten und eine umfassende Adressübersicht helfen den Ehrenamtlichen, Versicherungslücken aufzuspüren und zu schließen.

Die Broschüre ist in den Wahlkreisbüros der Bundestagsabgeordneten Gabriele Groneberg, MdB in Cloppenburg (Tel. 04471/ 4519), in Friesoythe (Tel. 04491/ 4664) und in Vechta (Tel. 04441/ 6110) erhältlich. Sie kann auch bezogen werden im Projektbüro „für mich, für uns für alle“ unter Tel. 030/ 288 7890-31 oder Fax 030/ 288 7890-19.

[nach oben](#)

Erinnerung an letzte Kriegstage in der Grafschaft Bentheim Messingtafel an das Jugendzentrum in Nordhorn übergeben



Die Grafschafter SPD gedachte unter dem Motto: „Erinnern für die Zukunft“ an das Ende des II. Weltkrieges. Der ehemalige Landrat und ausgezeichnete Kenner der Grafschafter Geschichte, Nonno de Vries, schilderte die Ereignisse in den letzten Kriegstagen in der Grafschaft Bentheim.

Die deutschen Truppen hatten Nordhorn bereits verlassen und waren in Richtung Lingen abgezogen. Am Ostermontag näherten sich von Holland die ersten Panzer der Alliierten, an ihrer Spitze ein Panzerspähwagen mit zwei Mann Besatzung. Aus dem Rigterinkschen Hof, einer heutigen Jugendbegegnungsstätte, wurde von unbekanntem Nazi-Anhängern eine Panzerfaust abgeschossen. Sie traf das führende alliierte Fahrzeug. Beide Insassen wurden getötet. Die folgenden Panzer eröffnen das Feuer und setzten den Hof in Brand. Später wurde das Gebäude wieder aufgebaut. Unser Bild zeigt die Übergabe des Messingschildes zur Erinnerung an die Ereignisse vor 60 Jahren. Unter dem Beifall der Mitglieder des Jugendzentrums-Beirates in Nordhorn schloss Nonno de Vries seine Rede mit den Worten: „Nie wieder darf Krieg ein Mittel der Politik werden!“

[nach oben](#)

SPD-Delmenhorst sucht OB-Kandidat/-in

Die Delmenhorster SPD sucht eine dynamische Persönlichkeit als Kandidat/in für das Amt des Oberbürgermeisters. Es sind Bewerbungen von politisch erfahrenen Führungspersönlichkeiten erwünscht.

Die Kommunalwahl findet im Herbst 2006 statt. Die Wahlzeit im Beamtenverhältnis auf Zeit beträgt 8 Jahre. Bewerbungsschluss ist der 15.06.2005

Die Stellenausschreibung finden sich unter: http://www.bremen.de/web/owa/p_fstelle?id=25322

[nach oben](#)

SPD Fredenbeck sucht Bürgermeister-Kandidat/-in

Die Samtgemeinde Fredenbeck, mit den Gliedgemeinden Deinste, Fredenbeck und Kutenholz, hat ca. 13000 Einwohner. Gesucht wird eine verantwortungsbewusste, integrative, kompromissfähige, einsatz- und entscheidungsfreudige Führungspersönlichkeit, die über die erforderlichen Sachkenntnisse und über möglichst vielseitige Erfahrungen in der kommunalen Selbstverwaltung verfügt. Der Kandidat / die Kandidatin sollte sich mit den Zielen der Partei identifizieren können, muss aber nicht in jedem Fall SPD-Mitglied sein.

Der/die zukünftige Amtsinhaber/-in sollte in der Lage sein, schnell Kontakte zu den Bürgerinnen und Bürgern der Gemeinde zu knüpfen und deren Anliegen aufgeschlossen gegenüber zu stehen. Die Wahl findet im Oktober 2006 statt.

Interessierte Bewerber/innen wenden sich bitte bis spätestens 1.07.05 an: SPD-Ortsverein Fredenbeck, Petra Tiemann (Vorsitzende): Tel. : 04762/1769, e-mail: Helmut.Tiemann@t-online.de

[nach oben](#)

Sich stets der Herkunft besinnen

SPD-Ortsverein Leer feierte hundertjähriges Bestehen

Leer. Umrahmt vom ebenso originellen wie unterhaltsamen Programm des Bänkellieder-Duos „Hammersteins Echte“ feierte der SPD-Ortsverein Leer (Ostfriesland) sein 100-jähriges Bestehen. Landrat Bernhard Bramlage verdeutlichte den Gratulanten anhand zahlreicher Beispiele, welche herausragenden geschichtlichen Herausforderungen während der vergangenen 100 Jahre zu bestehen waren. Er nannte u. a. die beiden Weltkriege, das Dritte Reich, die Teilung Deutschlands und dessen Wiedervereinigung. Resümierend erklärte er: „Auf aktuelle Herausforderungen passen nicht die alten Rezepte,“ aber man müsse sich stets seiner Herkunft besinnen. Der SPD-Bezirksvorsitzende Garrelt Duin mahnte die Partei, ihre Politik entschlossen nach außen zu vertreten, „damit die Menschen wissen, woran sie sind.“ Nur so könne man auch Vertrauen gewinnen. Der SPD-Kreisvorsitzende und Bundestagsabgeordnete Reinhold Robbe hob hervor, dass das Eintreten für Frieden und eine Politik mit friedlichen Mitteln stets zentrales Anliegen der SPD gewesen sei.

Im Namen der SPD-Ortsvereine im Landkreis Leer gratulierte Bettina Stöhr. Sie erinnerte daran, dass der Ortsverein Leer der erste im Landkreis Leer gewesen sei und er ausstrahlende Wirkung auf die Partei im gesamten Landkreis besessen habe und besitze. Der erste Bevollmächtigte der IG Metall Clemens Bollen erinnerte an die gemeinsamen Wurzeln von SPD und Gewerkschaft. Dies müsse man gerade den Jüngeren immer wieder deutlich machen und darauf verweisen, dass man nur gemeinsam stark sein könne. Wolfgang Knorr, Vorsitzender von Leers Partner-Ortsverein Hönning in Bayern, lud die Leeraner Genossen zu einem Gegenbesuch ein, denn in zwei Jahren könne man ebenfalls das 100-jährige Bestehen des dortigen Ortsvereins feiern. In seinem Dank an die Gäste und Grußwort-Redner versprach Hans Fricke, dass der OV Leer auch zukünftig einen klaren Kurs bezüglich sozialer Gerechtigkeit und Toleranz halten werde. „Wenn wir in die Beliebigkeit abrutschen, werden wir keinen Wähler gewinnen,“ lautete sein Motto.

Als Festredner trat schließlich der SPD-Landesvorsitzende Wolfgang Jüttner an das Mikrofon. Bezugnehmend auf die gesellschaftlichen und politischen Zustände zum Zeitpunkt der Gründung des Ortsvereins erklärte er: „Es war verdammt schwer, unter diesen Bedingungen Politik zu organisieren.“ Viel sei jedoch seitdem erreicht worden. Jüttner nannte u. a. das Frauenwahlrecht, das Betriebsverfassungsgesetz, Sozialrechte, den 8-Stunden-Tag. Und er mahnte, nichts von dem, was einmal erstritten wurde, sei automatisch auf ewig gesichert. Man müsse sich stets neu auf die aktuelle politische Situation einstellen, dabei jedoch die Grundwerte nicht vergessen. Mit Blick auf die laufende politische Debatte erklärte Jüttner: „Wir brauchen den funktionstüchtigen Sozialstaat,“ der Einnahmen erziele und für Ausgleich sorgen könne. Aufgabe von Politik sei es, die Lebensumstände zu gestalten. Darin liege auch die Erwartung der Menschen. (Rh.)



„Hammersteins Echte“ verkündeten ihre „Einsichten und Rezepte“. Foto: Hein



Der SPD-Landesvorsitzende Wolfgang Jüttner gratulierte dem SPD-Ortsverein Leer zum hundertjährigen Bestehen. Foto: Hein



Der SPD-Ortsvereinsvorsitzende Hans Fricke bedankte sich für die guten Wünsche. Foto: Hein

[nach oben](#)

Jubilarehrung des SPD-Ortsvereins Heisfelde-Nüttermoor

Der SPD-Ortsverein Heisfelde-Nüttermoor ehrte seine langjährigen Mitglieder in diesem Jahr im Rahmen eines gemeinsamen Frühstückes im Vereinslokal „Bauerndiele“. Geehrt wurden (v.l.n.r.): Bruno Penning (35 Jahre), Erwin Otten (30 Jahre), Johann Weers (40 Jahre), Otto Wehmhörner (45 Jahre), Bernd van Geuns (30 Jahre), Lutz van Ohlen (25 Jahre), Doris van Ohlen (25 Jahre), Harm Janssen (25 Jahre), Remmer Schröder (Vorsitzender des SPD-OV Heisfelde-Nüttermoor).



Die Jubilare des OV Heisfelde-Nüttermoor

[nach oben](#)

Aus den Arbeitsgemeinschaften



AGS Oldenburg feierte einjähriges Bestehen

Sigmar Gabriel und Oldenburgs OB Dietmar Schütz gratulierten

„Das habe ich in 25 Jahren Parteizugehörigkeit noch nicht erlebt“ sagte Sigmar Gabriel beim Anblick der Geburtstagstorte, die zum einjährigen Bestehen der Arbeitsgemeinschaft für Selbstständige (AGS) in der SPD im CCH (City Club Hotel) an die Anwesenden verteilt wurde.

Vor genau einem Jahr wurde die AGS Oldenburg von zahlreichen aktiven Selbstständigen und Führungskräften in der SPD Oldenburg gegründet. Von Anfang an wehte ein frischer Wind durch die zahlreichen Veranstaltungen die in diesen ersten 12 Monaten stattfanden. „Wir bieten viel an Informationen und sachlichen Argumenten für eine sozialdemokratische Politik in unseren Veranstaltungen,“ so Christoph Sahm, Vorsitzender der AGS Oldenburg. „Das wird gerade von Unternehmern und Selbstständigen honoriert.“ „Wir haben über den

Wirtschaftsstandort Weser-Ems debattiert, zusammen mit den Jusos und den örtlichen Kammern eine Veranstaltung zur aktuellen Ausbildungsplatzsituation durchgeführt, uns über Basel II informiert, aber auch immer die kommunalpolitische Entwicklung in Oldenburg begleitet," so Christoph Sahn weiter.

Doch nicht nur die angenehmen Seiten der Politik standen an diesem Abend im Mittelpunkt der Diskussion mit Unternehmern, Selbstständigen und wirtschaftspolitisch interessierten Bürgerinnen und Bürgern. „Die SPD macht eine gute Wirtschaftspolitik, wir haben uns an Sachen getraut, die die anderen 16 Jahre lang nicht angefasst haben, wir haben nur verpasst zu sagen: Leute, Ärmel aufkrempeln," so Sigmar Gabriel. Unternehmenssteuern, Eigenheimzulage, Bürgerversicherung, Abbau von Subventionen, den entfesselten Bürokratismus und Hartz IV wurden lebhaft diskutiert.

Oberbürgermeister Dietmar Schütz, der zuvor die Anwesenden über die Baustelle der neuen Sport-Arena in Oldenburg geführt hatte, hob bei seinen Ausführungen die Ansiedlung von neuen Unternehmen und ökonomisch wichtigen Neubauten wie die zuvor besichtigte Sport-Arena hervor. „Durch eine vorzeigbare Wirtschaftspolitik in Oldenburg steigen auch die Einwohnerzahlen, damit stehen wir in Niedersachsen gut da," so Dietmar Schütz.

Zum Abschluss stellte der Oldenburger AGS-Vorsitzende Christoph Sahn klar: „Die AGS setzt sich für eine sozialdemokratische Wirtschaftspolitik ein, wir wollen wieder mehr Beschäftigung und keine höheren Managergehälter.“

Die AGS Oldenburg hat sich auch für die weiteren Monate viel vorgenommen und wird sich auch bei den bevorstehenden Wahlen in das bundes- und kommunalpolitische Geschehen einmischen.

Informationen über die Arbeit der AGS Oldenburg und Tipps für erfolgreiche Veranstaltungen können direkt angefordert werden bei dem Vorsitzenden Christoph Sahn unter E-Mail ags@spd-oldenburg.de oder Tel. 0441/68006-23.



Ein Blick auf das Podium mit Sigmar Gabriel (2.v.li) und Dietmar Schütz (2.v.re.)

[nach oben](#)

Ältere gehören mitten in die Gesellschaft



Das Märchen von den Bremer Stadtmusikanten diente in diesem Jahr als Vorlage für die Aktion der SPD-Arbeitsgemeinschaft 60plus zum Tag der „Älteren Generation“. Vorurteile abzubauen, so die Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft 60plus in der Stadt Osnabrück, Gisela Reitz, sei eines der Hauptanliegen der Aktion 2005. Dass Senioren inmitten der Gesellschaft

sind, machten sie unter anderem auch an ihren politischen Forderungen zur Inneren Sicherheit, Diskriminierung, Pflegeversicherung, Gesundheitsreform und dem Thema ehrenamtliche Arbeit fest. An einer Aktionswand entwickelten sich spannende Diskussionen. Unstrittig war jedoch die Feststellung, dass die Jungen von heute die Alten von Morgen sind und sich daraus gemeinsame Interessen und Perspektiven ergeben.

[nach oben](#)

VOLUNTEERS4NRW

Jusos aus der ganzen Bundesrepublik sind aufgefordert den Wahlkampf in Nordrhein-Westfalen zu unterstützen. Vom 20.-22.05.2005 ist eure aktive Unterstützung gefordert. Zum Programm gehört die Endspurtkundgebung und der Wahlkampf vor Ort (Verteil-, ErstwählerInnen-Aktionen u.a.) Wer Interesse hat "Volunteer for NRW" zu werden, schreibt eine kurze Mail mit Angabe der Adresse und des Unterbezirkes an <mailto:jusos@spd.de>

Weitere Infos im Netz: <http://www.jusos.de>

[nach oben](#)

Zur Person



Hansjörg Schmidt verstorben

Nach langer schwerer Krankheit ist am 4. April 2005 der langjährige Genosse und Mitarbeiter der SPD, Hansjörg Schmidt, aus Oldenburg verstorben. Schmidt war vom 1. September 1997 bis zum 31. Juli 1999 beim Bezirk Weser-Ems beschäftigt, zunächst als Mitarbeiter und ab dem 1. April 1998 als Geschäftsstellenleiter. Vom 1. Januar 1999 bis zu seinem Ausscheiden nahm er die Funktion eines Unterbezirksgeschäftsführers wahr. Durch seine Einsatzbereitschaft und seine freundschaftliche Art des Umganges wird er vielen Mitgliedern der SPD - vor allem in der Stadt Oldenburg - in guter Erinnerung bleiben. Noch bis wenige Wochen vor seinem Tode nahm Schmidt aktiv an der Partearbeit teil.

[nach oben](#)

Freitag, 3. Juni 2005 17.00 Uhr Tivoli (vormals Allee-Hotel), Varel, Windallee
Kommunalpolitischer Workshop „Zukunft der Landkreise“

Freitag, 13. Mai 2005 16.00 Uhr Harmonie, Oldenburg, Dragonerstr. 59
Fachtagung der SPD-Landtagsfraktion für Umweltpolitiker

Freitag, 3. Juni 2005 15.00 Uhr Harmonie, Oldenburg, Dragonerstr. 59
Weiterbildung für Kassierer

Samstag, 4. Juni 2005 10.00 Uhr Harmonie, Oldenburg, Dragonerstr. 59
Weiterbildung für Revisoren

Samstag, 11. Juni 2005 10.00 Uhr Berufsbildungswerk, Oldenburg, Rosenstr. 13
Weiterbildung PC-Kassenprogramm

Anmeldung unter: bezirk.weser-ems@spd.de

[nach oben](#)

Links

WEITERE INFORMATIONEN IM INTERNET

<http://www.spd-weser-ems.de>

Informationen aus und über die SPD im Bezirk Weser-Ems

<http://www.spd.de>

Die Homepage der Bundes-SPD

<http://www.spd-landesgruppe-niedersachsen.de>

Ausführliche Hintergrundinformationen zur Landesgruppe gibt es im Internet.
Termine, Pressemitteilungen, Kontaktdaten und vieles mehr.

<http://www.spdfraktion.de>

Die SPD-Bundestagsfraktion informiert über ihre politische Tätigkeit.

<http://www.bundesregierung.de/-,415/Politikthemen.htm>

Ausführliche Infos zu allen politischen Top-Themen.

<http://www.spd.de/servlet/PB/menu/1009368/index.html>

Aktuelle Meldungen des SPD-Parteivorstandes.

<http://www.spdnds.de/>

Alles über die SPD in Niedersachsen.

<http://www.spd-landtag-nds.de/web/content.jsp>

Die SPD-Fraktion im niedersächsischen Landtag.

<http://www.bundestag.de/>

Alles zum Thema Parlamentarismus in Deutschland. Aktuelles, Hintergründe, Geschichte und vieles mehr.

www.spd-landesgruppe-niedersachsen.de

Die Landesgruppe Niedersachsen in der SPD-Bundestagsfraktion.

[nach oben...](#)

Editorial
